

Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

Bei den Parlamentswahlen in Albanien am 25. April 2021 gingen Premierminister Edi Rama und seine Sozialistische Partei zum dritten Mal in Folge als Sieger hervor. Dennoch konnte bislang (Ende Juni) keine neue Regierung gebildet werden. Der Albanien-Experte Michael Schmidt-Neke analysiert die spezifische Situation in einem politischen System, das geprägt ist durch kaum überwindbare Gräben zwischen Regierung und Opposition und gleichermaßen heftige Auseinandersetzungen zwischen Premier und Staatspräsident über Fragen der Verfassung. Während die Bevölkerung nach wie vor eine Integration in die EU mit großer Mehrheit befürwortet, schwindet in Albanien der Glaube, dass die EU es mit dem Integrationsversprechen ernst meint. Im jüngsten Kapitel einer langen Geschichte von Zurückweisungen sieht sich Albanien als Opfer einer Blockade der Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien (mit dem es sich im „Geleitzug in Richtung EU“ befindet) durch die amtierende bulgarische Regierung – wir haben darüber ausführlich berichtet. Für die EU sei es ein Risiko „beitrittswillige Länder am langen Arm verhungern zu lassen“, denn diese tendierten dazu, sich externen Akteuren beziehungsweise Konkurrenten zuzuwenden. Die plausibelste Möglichkeit sieht Schmidt-Neke darin, dass sich Albanien, anders als seine eher auf China und Russland orientierten Nachbarn, auf seine enge Partnerschaft mit den USA zurückzieht.

Über „Grenzen in den Köpfen“ und eine gegenseitige „Exotisierung“ zwischen Europa und dem Balkan geht es im Interview mit der in Serbien aufgewachsenen und in England lebenden Schriftstellerin und Akademikerin Vesna Goldsworthy. Goldsworthy sei schon früh zur Schriftstellerei gekommen, zumal sie einfach viel zu gut und kreativ für eine „normale Akademikerin“ gewesen sei, so die Leiter*innen des Gesprächs, Belfjore Qose und Christian Voß im Vorspann. Wir setzen mit diesem Beitrag die Dokumentation der Reihe „Balkan-World-Literatures“ an der Humboldt-Universität zu Berlin fort.

Schwerpunktthema dieses Heftes ist ein leider allzu aktuelles Thema: Deutscher Rassismus gegen Menschen aus Südosteuropa und der Türkei. Die Beiträge gehen zurück auf ein Symposium des Wissenschaftlichen Beirats der Südosteuropa-Gesellschaft zu diesem Thema vom Februar 2021, siehe den Bericht in Heft 02–03 | 2021. Im ersten Beitrag befasst Juliana Roth sich mit dem gegenwärtigen Anwachsen von Rassismus in Deutschland und beleuchtet Formen und Ursachen. Die Realität des alltäglichen Rassismus, so die Autorin „ist komplex. Er ist keine Einzelercheinung, vielmehr Teil einer Anschauungskette, die mit Fremdheit beginnt, über Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung fortschreitet und mit Rassismus endet“. Doch könne zumindest der persönliche, am Individuum gebundene Rassismus kontrolliert werden und diese Kontrolle könne unter bestimmten Bedingungen erlernbar sein.

Mit einer spezifischen Form von Rassismus, dem Antiziganismus, sowie mit der Erforschung von Vorurteilen, Ausgrenzung und Verfolgung von Sinti*ze und Rom*nja in Deutschland

befasst sich die Analyse von Daniela Gress. 2015 erkannte das Europäische Parlament in einer Resolution den von Nationalsozialisten verübten Völkermord offiziell als „historische Tatsache“ an und betonte die Notwendigkeit, „Antiziganismus auf allen Ebenen und mit allen Mitteln zu bekämpfen“. Neue Maßnahmen zum Abbau der Diskriminierungen seien nötig, und „Grundvoraussetzung dafür ist eine kritische Auseinandersetzung mit dem sozialen Phänomen Antiziganismus und seinen historischen Tiefenschichten“, so die Autorin.

Abschluss dieses Heftes bildet der Beitrag der früheren Bundestagsabgeordneten Lale Akgün zum Rassismus gegen die größte ethnische Minderheit in Deutschland: die fast drei Millionen Menschen mit türkischen Familienbezügen. Akgün legt nicht nur eine scharfsinnige Analyse des sich wandelnden Umgangs der Deutschen mit „den Türken“ vor. Sie gönnt uns auch sehr lesenswerte Einblicke in ihre persönlichen Erfahrungen als türkischstämmige Frau in der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Lale Akgüns „Zwischenbilanz“ am Ende des Beitrags schließt optimistisch: „Auch Deutschland hat sich in diesen 60 Jahren enorm verändert. Aus einer vermeintlich homogenen Gesellschaft ist eine heterogene Einwanderungsgesellschaft geworden, die sich mit dieser Tatsache auseinandersetzen muss und auch in der Lage ist, unterschiedlichste Lebensentwürfe zu ertragen“. Und weiter: „Mehr brauchen wir auch nicht. Die Zukunft soll von einer demokratischen Gesellschaft gestaltet werden, die stark genug ist, Differenzen zu ertragen und deren Mitglieder sich auf Augenhöhe begegnen. Respektvoll. Von Liebe war nie die Rede.“

Eine erkenntnisreiche Lektüre wünscht

Ihr Redaktionsteam
Hansjörg Brey

Stephani Strelake